

EINFÜHRUNG.

Die politischen und geistigen Probleme, die uns in der Einleitung zum 6. Band aus der Fülle der schriftlichen Äusserungen Steins als der Hauptinhalt seiner letzten Lebensperiode entgegentraten, erfüllen auch die letzten beiden Jahre seines Daseins, deren Dokumente dieser unsere Publikation abschliessende Band vorlegt.

Wenige Monate vor Steins Tod ist die revidierte Städte-Ordnung in Preussen Gesetz geworden. Sie ist, das zeigen Steins Denkschriften, insbesondere sein Schriftwechsel mit Schuckmann, unter stärkster ideeller Mitarbeit Steins zustande gekommen, und, wenn sein Rat auch nicht in allen Punkten befolgt wurde, so ist Stein doch im grossen und ganzen mit der Form und dem Geist zufrieden gewesen, die sein eigenes grosses Werk nun bekam. Es war neben den Erfolgen der preussischen Zollvereinspolitik eine der wichtigsten positiven Leistungen der preussischen Staatsführung im Zeitalter der Reaktion, die Stein, durch keinerlei politischen Doktrinarismus gehemmt, freudig anerkannte. Um so schärfer stiess er mit dem Geist und Willen dieser Führung noch einmal zusammen, als der dritte westfälische Provinzial-Landtag, dem Stein wiederum als Marschall vorstand, durch die gegen Steins Rat vorgebrachte Bitte um Reichsstände eines der höchsten und letzten Ziele seines politischen Programms zur Sprache brachte. Stein billigte weder den Zeitpunkt, in dem dieses Verlangen vorgebracht wurde, noch weniger die Form, in der es dann an die Oeffentlichkeit kam. Aber die Haltung einer starren und unfruchtbaren Negation, die die preussische Regierung der einmal aufgeworfenen Frage gegenüber einnahm, erfüllte ihn mit Trauer und wachsender Besorgnis um die weitere innerpolitische Entwicklung der Monarchie. Denn ihm schien das Problem, das die Nassauer Denkschrift zum ersten Male in der Geschichte des preussischen Staates gestellt und zu meistern gesucht hatte, die Frage nach der Form einer aus deutschen Geist und deutscher Vergangenheit entwickelten Zusammenarbeit zwischen Volk und Staat, in diesem Zeitpunkt so brennend wie nur je. „Dass man sich entschlösse, nun Vorbereitungen zu treffen zur Bildung von Reichsständen, das würde sehr wohltätig auf den öffentlichen Geist wirken, der denn doch aufgereggt ist. Noch hat man es mit einem Geschlecht zu thun, das an die monarchisch-bürokratischen Formen

gewöhnt ist, aber es rückt ein neues Geschlecht heran, es drängt sich in alle Kanäle des bürgerlichen Lebens, es bildet sich unter dem Einfluss der neuesten Weltgeschichte, der Zeitungen, der politischen Schriften, es fühlt sich Jugendkraft, Drang zum Handeln, Ehrgeiz . . ., dass der Funken des politischen Brandes überall glimmt, das zeigt sich in ganz Europa — rathsam ist es die Flamme zu leiten, ehe sie zerstörend würrt.“

Stein schrieb diese Worte tiefster politischer Weisheit an Gneisenau in den Wochen, in denen er beschäftigt war, die Resultate des dritten westfälischen Landtages zu verarbeiten, und die Frage der reichsständischen Verfassung ihm noch einmal in ihrer ganzen Schwere vor die Seele trat. Aber hinter ihnen steht nicht nur die Enttäuschung über die preussische Staatsführung, es steht hinter ihnen auch das Erlebnis der Juli-Revolution und der unmittelbare Eindruck der politischen Gärungen, in die sie Europa versetzt hatte. Auch Stein, der die innerpolitische Entwicklung Frankreichs in den letzten Jahren mit wachsender Unruhe und Skepsis verfolgt hatte, traf die Nachricht von den Vorgängen in Frankreich, als er sie Anfang August erfuhr, mit der ganzen Wucht einer unerwarteten und plötzlichen Katastrophe. Die politischen Ordnungen in Europa schienen ihm in Frage gestellt, noch einmal schien die Lage von 1789/1792 wiederzukehren.

„Eine furchtbare Zukunft droht uns wohl schon sehr nahe. Das Ungeheuer ist losgelassen, und zum zweiten Male bindet es keine Gewalt.“ Das waren die Eindrücke und Befürchtungen, welche die Juli-Revolution in der Seele Niebuhrs hervorriefen. Auch Stein sah am Schlusse eines Lebens, dessen grösster Teil dem Kampf und der fortgesetzten inneren Auseinandersetzung mit den ideellen und machtpolitischen Auswirkungen der französischen Revolution gehört hatte, die Möglichkeit neuer furchtbarer Konflikte heraufziehen. So wenig wie jemals früher wollte er sich für diesen Fall auf die Rolle des blossen Zuschauers beschränken. Sofort nach dem Erscheinen der Schrift Ernst Moritz Arndts über die Rheinlande und die Niederlande hat Stein erhebliche Mittel bereitgestellt, um einen verbilligten Absatz der Schrift und ihre möglichste Verbreitung zu ermöglichen, um so, wenn die Nation ins Feld zöge, die militärischen Waffen mit den Waffen des Geistes zu unterstützen. Die Skepsis Niebuhrs über den Ausgang der drohenden Auseinandersetzung hat er nicht geteilt. Im Gegenteil, er war mit Arndt überzeugt, dass das Deutsche Volk den Kampf wie einst 1813 und 1815 bestehen werde. Hier also sah er keine akute

Gefahr. Aber er glaubte auch nicht an ein Uebergreifen der revolutionären Bewegung auf Deutschland. Wo es im Gefolge der Juli-Revolution dann doch zu ernsthaften Erschütterungen der politischen Ordnungen in Deutschland kam wie im Kurhessischen und Braunschweig, da trafen sie politische Systeme, die Stein selbst längst als veraltet und überständig ansah, deren Träger er ausserdem als eine Schande für die deutschen Dynastien, als „verrückte Despoten“ gebrandmarkt hatte. Die Formen, in denen die Revolution in diesen Staaten vor sich ging, die politischen Ideen und Forderungen, die dabei zutage traten, gaben ihm keinen Anlass, an dem gesunden und rechtlichen politischen Sinn des deutschen Volkes zu zweifeln. Aber das Auftreten radikaler Strömungen, die sich hier und da bemerkbar machten, war ihm ein neuer Beweis dafür, dass die Neugestaltung des deutschen politischen Lebens eine Aufgabe der aller-nächsten Zukunft war, wenn nicht das politisch führerlose Volk die Beute fremder Ideologien werden sollte. Er war sich der Gefahr bewusst, die insbesondere der Verwirklichung seiner eigenen politischen Ideale aus dem Vordringen des demokratischen Liberalismus und Parlamentarismus erwuchs, deren Entwicklung durch die Ereignisse in Frankreich mächtig gefördert worden war. Immer wieder hat er darüber nachgedacht, wie der Gefahr des Uebergreifens dieser Ideen auf die deutsche Entwicklung zu begegnen, wie sein eigenes, auf ganz anderen geistigen Fundamenten beruhendes politisches System vor der Zersetzung und Ueberlagerung durch diese fremde Geisteswelt zu schützen sei. Klar und deutlich hat er in der Korrespondenz mit Gagern beide voneinander abgesetzt, als er diesem über den dritten westfälischen Landtag schrieb: „Vom Parlament war nicht die Rede, denn wir sind ja in Deutschland, wo man nicht parliert“, um so dem Freunde gegenüber die für die spätere Entwicklung so verhängnisvolle Verwechslung zwischen parlamentarischer und ständischer politischer Ordnung abzuwehren.

Eine besonders gefährliche Frucht und Folgeerscheinung der liberalen Entwicklung der zwanziger Jahre des vorigen Jahrhunderts sah Stein in der Entartung der politischen Publizistik und in dem Heraufkommen eines durch keinerlei Verantwortungsgefühl gehemmten politischen Journalismus. Stein hat diesen Zwillingbruder des liberalen Parlamentarismus von vornherein mit dem grössten Misstrauen betrachtet, das liberale Axiom der Pressfreiheit für die Tageszeitung von Anfang an abgelehnt. „Mit der Zulassung der Zensurfreiheit für Werke von einem

gewissen Umfange bin ich einverstanden, ich finde es sehr bedenklich, sie dem Journalismus zu gestatten, wegen seiner Leidenschaftlichkeit, seinem Factionsgeist, seiner Seichtigkeit — prüft man doch die Tüchtigkeit eines Handwerkers, Justiz Commissars und eines Beamten von jeder Dienst Categorie, und die Discussion über die wichtigsten Angelegenheiten der bürgerlichen und kirchlichen Gesellschaft, der Individuen, die gibt man der Ungebundenheit, Seichtigkeit, Frechheit, Gewinnsucht preis. Diese Menschen, ein Heine, Börne u. dgl., nennen sich Publizisten, ein ehrwürdiger Name, den unsere Vorfahren einem Grotius, Pufendorf, Möser usw. beylegen.“

Nicht zufällig sind hier die Namen der führenden jüdischen Literaten der Zeit, Börne und Heine, herausgestellt worden. Stein sah auch in dieser Richtung Gefahren heraufziehen, die das ganze folgende 19. Jahrhundert, zum Schaden der deutschen Entwicklung, missachtet hat. Er selbst wäre so wenig hier wie anderswo gewillt gewesen, dem Judentum einen Einfluss auf die Gestaltung des geistigen und politischen Lebens der Nation einzuräumen.

Neben der Umgestaltung der politischen Ordnung Europas, die im Gefolge der Juli-Revolution Europa mit dem Waffelärm ihrer Auseinandersetzung erfüllte, vollzog sich seit langem schon eine nicht minder weittragende und folgenschwere: die stille Revolutionierung der sozialen Schichten und Gliederungen als Folge der Industrialisierung und der damit verbundenen Entstehung des Industrie-Arbeitertums. Auch diese Entwicklung hat Stein mit banger Sorge beobachtet. Ihren Gefahren versuchte er zu begegnen, indem er mit aller Kraft auf die Notwendigkeit der Erhaltung eines gesunden und lebensfähigen Bauernstandes hinwies. Deswegen hat er gerade in seinen letzten Jahren und insbesondere auf dem dritten westfälischen Landtag immer wieder, zum Teil in ausführlichen Denkschriften, dieses grosse Thema seines Lebens aufgegriffen und den Schutz des bäuerlichen Grundbesitzes gegen Zersplitterung durch freie Verkäuflichkeit und unbegrenzte Teilbarkeit verlangt. Er vertrat diese Forderungen mit um so grösseren Nachdruck, weil er keinen andern Weg zur Lösung der sozialen Krise sah, die mit der modernen Industrialisierung einsetzte. Das soll nicht heissen, dass er kein Verständnis für die Probleme und Nöte der neuen sozialen Schicht des Industrie-Arbeitertums gehabt hätte. Er war während seiner frühen westfälischen Jahre bereits mit ihnen in Berührung gekommen, und die Dokumente dieser Epoche

beweisen, mit welchem Nachdruck er hier für soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit eingetreten ist. In seinen späteren Jahren hat er, insbesondere an Hand der Schriften Sismondis, die Entwicklung der Industrialisierung und der Arbeiterfrage in England aufmerksam verfolgt, und er hat dabei die zerstörenden Auswirkungen des durch keinerlei Staatsaufsicht und durch keinerlei Rücksicht auf eine gesunde Volksentwicklung gehemmten Frühkapitalismus gesehen.

Aber das, was er in England sah, schien ihm doch nur die dunkle Schattenseite eines wirtschaftlichen Systems, dessen Auswirkungen in Deutschland ihm nicht zum vollen Bewusstsein kamen, zum Teil wohl, weil sie hier infolge der langsamer fortschreitenden Industrialisierung nicht in ihrer vollen Brutalität in Erscheinung traten, zum Teil auch deshalb, weil sie bis dahin in der politischen und national-ökonomischen Literatur nicht in solchem Umfang erfasst und herausgearbeitet worden waren, wie es in England geschehen war. So wird es verständlich, dass Stein sich von den Vorstellungen seiner früheren Zeit, in der das Arbeitertum auch in den Bergwerks- und Industriebezirken des Westens noch vorwiegend bodenständig war und einen Rückhalt an den Resten alter handwerklicher Ordnungen gefunden hatte, nicht rechtzeitig losgelöst hat. Er sah deshalb in den Beispielen sozialer Entwurzelung, die er in seiner eigenen Umgebung in Westfalen beobachtete, nur Einzelfälle selbstverschuldeten Elends, Zerfallerscheinungen am Rande einer Schicht, deren innere soziale und wirtschaftliche Krise ihm für die deutschen Verhältnisse nicht eigentlich klar geworden ist. Deshalb suchte er, den auch von ihm erkannten Schäden von aussen her, durch eine um so stärkere Festigung anderer, vor allem der bäuerlichen und bürgerlichen Schichten der Nation, entgegen zu wirken. Daher sein Kampf für eine gesunde Agrarverfassung, daher sein Eintreten für die Erhaltung und Wiederbelebung der Zünfte, die das Bürgertum vor den Auswirkungen der Kapitalisierung und Industrialisierung, wie überhaupt des ganzen, von Stein abgelehnten wirtschaftlichen Liberalismus schützen sollten.

Ueberblickt man zusammenfassend den Umkreis der politischen Ideale und Bestrebungen des späten Stein: seinen Kampf gegen die hereinbrechende Ideenwelt des Westens, gegen den mit ihr aufkommenden modernen Parlamentarismus und Journalismus, gegen den Einfluss des Judentums, gegen die Zersetzung der sozialen Schichtungen durch den

freihändlerischen Kapitalismus, demgegenüber seine Bemühungen für eine schöpferische Ueberwindung der Krise durch die Neugestaltung der politischen Ordnungen des Volkes, durch den Schutz des Bauerntums, des handwerklichen Bürgertums — überall finden wir ihn auf dem seit 1815 eingeschlagenen Weg, auf dem er zwischen Liberalismus und Reaktion, von beiden kaum noch beachtet und verstanden, nach einer Lösung der Zukunftsprobleme der Nation gesucht hat. Kein Wunder, dass die Zahl derer, die noch überhaupt von ihm und seinen eigentlichen Zielen wussten, schon zu seinen Lebzeiten immer kleiner wurde. Gneisenau hat noch einmal versucht, ihn aus seiner selbstgewählten Einsamkeit heraus wieder näher an das Zentrum der politischen Entscheidungen heranzuführen. „Kommen Sie hierher“ schrieb er ihm 1831 aus Berlin, „kommen Sie nach Schlesien, da finden Sie viele Freunde, die sich an Ihrem funken-sprühenden Geist freuen, wenn auch mancher dadurch etwas versengt wird. Ihr Gefühl für das Gute und Edle macht Proselyten, in dem einsamen Kappenberg geht Ihr Apostelberuf verloren. In Petersburg hat 1812 Ihr Predigen der Standhaftigkeit und Beharrlichkeit grosse Wirkung hervorgebracht. Die Gestaltung des heutigen Europas ist die Folge davon. Ihre Lehren können hier viel Nutzen schaffen.“ Das Wesen der Persönlichkeit und der geschichtlichen Sendung Steins lässt sich kürzer und treffender nicht kennzeichnen, als es in diesem Anruf des grossen Feldherrn an den Freund und Mitstreiter geschehen ist. Mit ähnlichen Worten hatte einst im Spätjahr 1813 Wilhelm von Humboldt Stein in's Hauptquartier nach Frankfurt gerufen: „Kommen Sie zu uns, Ihre Ideen, Ihr Anstoss, Ihr Feuer fehlen uns oft“.

Aber diesmal, am Ende seiner Laufbahn entzog sich Stein dem Ruf. Er sah in dem damaligen Preussen keine Möglichkeit eines entscheidenden politischen Wirkens mehr. Der Mann, dessen Stimme einst im Areopag der Fürsten und Staatsmänner Europas die weltgeschichtlichen Entscheidungen mitherbeigeführte, von denen Gneisenau sprach, der die Existenz des preussischen Staates auf eine neue Grundlage gestellt hatte, und der sich nicht zu schade war, dort, wo es wirklich verantwortliche Mitarbeit galt, auf den Kreis- und Landtagen seiner Provinz, seine Kräfte und Erfahrungen in den Dienst der Nation zu stellen, er lehnte es ab, eine so grosse Laufbahn in dem leeren Getriebe der politischen Salons des damaligen Berlins zu beschliessen. „Ich würde meine Meynung ohne Schonung aussprechen, alle Partheyen, Aristocraten, Bureaucraten,

Liberale beleidigen, reitzen, alle würden mir als einem alten Schwätzer den Rücken kehren, und so hätte weder ich noch die Sache einigen Gewinn.“

So blieb Stein in der „waldigen Einsamkeit“ seines Cappenberger Besitzes. Hier erkrankte er am 26. Juni 1831. Nach einer kurzen scheinbaren Erholung trat eine Lungenentzündung ein, am Abend des 29. Juni 1831 ging dieses grosse Leben zu Ende. Stein starb, wie die Worte der Todesanzeige es ausdrücken „mit völliger Geistesgegenwart und der Festigkeit, die lebendiger christlicher Glaube gewährt.“

Seine Leiche wurde am 9. Juli nach Nassau überführt und am 23. Juli auf seinem alten ehemals reichsfreien Besitz Frücht auf den Höhen über Ems in der Familiengruft beigesetzt, die er selbst in früheren Jahren dort angelegt hatte.

Wenige Tage vor seinem Tode war mit Sack einer seiner engsten und besten Mitarbeiter gestorben. Niebuhr, Kunth, Alexander von Dohna, York waren wenige Monate vor ihm dahingegangen. Kurz nach ihm sind Gneisenau und Clausewitz der Cholera erlegen, die um die gleiche Zeit auch Hegel hinwegraffte.

In der Reihe dieser grossen Toten ist Stein in die Unsterblichkeit unseres Volkes hinübergangen. Unter ihnen, wie unter seiner ganzen politischen Generation lebt er fort als der stärkste und grossartigste Verkünder der Idee eines einigen, alle seine Stämme und Stände umfassenden Vaterlandes. Denn das ist über allem, was er als Bauernbefreier, als Reorganisator der preussischen Behördenorganisation, als Schöpfer der preussischen Selbstverwaltung geleistet und an politischen Impulsen der preussisch-deutschen Geschichte hinterlassen hat, doch sein grösstes und wirkungsmächtigstes Erbe:

„Es handelt sich nicht um Preussen oder um Oesterreich oder um Bayern oder um den Fürsten von Reuss-Greiz oder den Fürsten von Schwarzburg-Sondershausen, es handelt sich um die Nationalität, die Unabhängigkeit Deutschlands.“

Das ist die Losung, die er noch kurz vor seinem Tod seinem Volk und seinem Jahrhundert gegeben hat. Sie wird für immer sein heiligstes Vermächtnis an alle Deutschen sein.

Schloss Kappenberg, Frühjahr 1937.

E. BOTZENHART.